

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur

z.Hd. Minister Björn Thümler

Leibnizufer 9, 30169 Hannover

Sehr geehrtes Ministerium für Wissenschaft und Kultur,

Sehr geehrter Minister Thümler,

wir, die LandesAStenKonferenz und das niedersächsische Solidarsemesterbündnis, schreiben Ihnen hiermit in dringlichster Angelegenheit bezüglich der - trotz der anhaltenden akuten Not - erst für das Frühjahr 2021 geplanten Corona-Regelungen des MWK Niedersachsens.

Das Covid-19-Virus, dessen Folgen und die damit zusammenhängenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung im Sommersemester 2020, schränken uns als Lernende in besonderem Maße in unserem Lebensalltag ein. Die kurzfristige Schließung der niedersächsischen Hochschulen, sowie die daraus resultierende Unterbrechung der Lehre inmitten des Sommersemesters (März 2020) hatte für uns fatale Folgen: Viele Student*innen leiden bis heute darunter, dass seitens des MWKs bis heute mit keiner Problemadäquaten und vor allem schnellen Lösung Abhilfe geschaffen wurde.

So fielen beispielsweise Labor- und Geländekurse sowie Praktika aus. Auch fehlten und fehlen nach wie vor sowohl die technische Infrastruktur, als auch geeignete Arbeitsplätze für Student*innen. Darüber hinaus wirkt sich die Pandemie besonders gravierend auf die psychische Verfassung sowie sozio-ökonomische Lage bei uns Student*innen aus. Dies ist unter anderem in der landesweiten Umfrage zur Situation der Student*innen ersichtlich, wonach nur jede*r dritte Studi* 30 Creditpoints absolvieren konnte, fast die Hälfte regelmäßige Internetabbrüche erlebte und 70% einen deutlichen Anstieg der Arbeitsbelastung im Studium wahrnahmen. Unter den Umständen der Corona-Pandemie war Studieren nach Plan für einen Großteil der Studierenden schlichtweg nicht möglich, sodass sich die Regelstudienzeit entsprechend nicht einhalten lässt.

Dass die niedersächsische Politik inmitten einer Bildungskrise noch immer nicht reagiert hat, ist uns nicht nur unverständlich, sondern signalisiert uns ein nicht vorhandenes Interesse an den sich entfalteten Bildungsgerechtigkeiten in unserem Bundesland. Auf diese Folgen der Corona-Pandemie auf die niedersächsische Bildungslandschaft muss spätestens jetzt unmittelbar und nicht erst mit einer Regelung, die frühestens im Frühjahr 2021 in Kraft tritt, reagiert werden. Niedersachsen hat die Chance auf die politische Vorreiterrolle in dieser Angelegenheit verpasst, denn zahlreiche andere Bundesländer haben weitreichende Teile diese Forderungen bereits umgesetzt. Bereits für 80% aller Student*innen im bundesdeutschen Gebiet wurde durch die schnelle Reaktion seitens politischer Entscheidungsträger*innen Abhilfe geschaffen.

Die Untätigkeit der niedersächsischen Entscheidungsträger*innen führt hingegen zur Benachteiligung der Student*innen und stellt für die niedersächsischen Hochschulen einen erheblichen Standortnachteil dar. Deshalb bekräftigen wir mit diesem Brief die Dringlichkeit sofortiger Maßnahmen, beispielsweise in Form einer Hochschul-Pandemie-Verordnung und stellen hierzu folgende **Minimalforderungen** auf:

- 1. Eine sofortige Nichtanrechnung des Semesters für alle Student*innen in Niedersachsen per Erlass. Zusätzlich für alle Student*innen die unter Corona Bedingungen studieren müssen, eine erneute Nichtanrechnung sofern sie später als zum Zeitpunkt des Erlasses ihr Studium beginnen. (Also nicht nur im Sommersemester 2020)*
- 2. Eine Wiederaufnahme der finanziellen Nothilfen für Student*innen, jedoch wirksamer als die Überbrückungshilfen durch die Öffnung des BAföG und finanzielle Nothilfen der Studentenwerke ohne unrealistische Bedarfsprüfung.*
- 3. Eine Verlängerung der Zinsaussetzung bei dem KfW Kredit des Studentenkredits des Bundesministeriums.*
- 4. Einen Einbezug der Landesweiten Student*innenvertretung in politische Entscheidungen die die niedersächsischen Student*innen betreffen.*

Die Umsetzung dieser Minimalforderungen dient nicht nur der Gestaltung der hochschulpolitischen Zukunft im Land Niedersachsen, sondern handelt es sich auch um eine unmittelbar umzusetzende Schadensnachsorge im Sinne der Bildungsgerechtigkeit, um die bereits entstandenen Schäden der Studierenden und Hochschulen endlich einzudämmen sowie weiteren Schäden vorzuzorgen.

Wir fordern Sie dazu auf: handeln Sie jetzt und kommen Sie Ihrer Verantwortung für die Student*innen, für das Land und für unser aller Zukunft endlich nach!

Ausführung zu den Forderungen:

Die Regelstudienzeit muss pauschal für alle Student*innen angepasst werden, damit die Zahlung des BAföG für die Student*innen die nun außerhalb ihrer Regelstudienzeit sind, eine unbürokratische Verlängerung erhalten. Den Student*innen würde daher eine pauschale Nichtanrechnung zusätzlich zu den bestehenden Regelungen des Bundes helfen.

Finanzielle Unterstützung ist weiterhin notwendig, da die Überbrückungshilfen des Bundes ausgesetzt worden sind, viele Student*innen jetzt aber mit insgesamt 1 Milliarde € durch KfW Verträge verschuldet sind. Außerdem fallen weitere Kosten bei Student*innen durch die Pandemie an, wie neue Endgeräte und größere WLAN-Rechnungen. Mit Blick auf die Entwicklung der Infektionszahlen befürchten wir zudem wieder mehr Jobverluste, sowie ein Ausbleiben von studentischen Löhnen. Dieses Mal hätten die Student*innen bloß noch weniger Ersparnis zur Verfügung.

Hier ist Platz für eine persönliche Stellungnahme an Minister Thümler:

Hochachtungsvoll, die Student*innen Niedersachsens

(Ort, Datum) (Name) (Unterschrift)



Um die Landesregierung auf die fehlenden und verspäteten Hilfen der Student*innen seitens der Politik aufmerksam zu machen, bitten wir euch, diesen Brief zu unterschreiben. Entweder per Post zu verschicken (über euren AstA) oder per Mail: pressestelle@mwk.niedersachsen.de & koordination@lak-niedersachsen.de